

Finanz- und Kirchendirektion
Generalsekretariat
Projektleitung „Entlastungspaket 12/15“
Rheinstrasse 33b
4410 Liestal

Vernehmlassung Sparpaket 12/15

Sehr geehrte Damen und Herren

Von den geplanten Sparmassnahmen im Bildungsbereich ist das Gymnasium stark betroffen, da es sehr viele Fachlehrkräfte gibt, die kein Klassenlehreramt ausüben. Viele von ihnen leisten auch ohne Klassenlehramt sehr viel Arbeit ausserhalb der Bereiche A und B des Berufsauftrags (Fachvorstände, Betreuung von Fachbibliotheken, technischen Einrichtungen usw., Leitung von und Mitwirkung in Arbeitsgruppen) und sollen dafür nun mit einer zusätzlichen Pflichtstunde bestraft werden. Die über 50-Jährigen Fachlehrkräfte trafe es mit der bereits in Kraft gesetzten massiven Erhöhung der EAF-Zeit gleich doppelt.

Dass die Sparpläne auf die Lehrkräfte der Gymnasien demotivierend wirken würden, ist unbestritten: Selbst in der Vorlage zur Vernehmlassung des Sparpakets 12/15 wird dies ausdrücklich festgehalten. Gepaart mit einer verminderten Vorbereitungszeit pro Lektion (7%, für über 50-Jährige noch mehr!) würden sie zu einem deutlichen Qualitätsabbau im Unterricht an den Gymnasien und den Fachmaturitätsschulen führen. In kürzerer Zeit vorbereitete Lektionen sind schlechter vorbereitete Lektionen. Die geforderte Effizienzsteigerung bei gleichbleibender Unterrichtsqualität ist eine Floskel, die der Bevölkerung als Beruhigungspille verabreicht wird. Es sind bis heute keine sinnvollen Vorschläge genannt worden, wie dieses Mehr an Effizienz zu erreichen sei, weder aus der BKSD noch von irgendwoher sonst. Dennoch wird damit die Botschaft vermittelt, dass die Lehrpersonen ineffizient arbeiten würden.

Es würde vor allem den schwächeren Schülerinnen und Schülern schwerer fallen, dem „effizienteren“ Unterricht zu folgen und sich für den Unterrichtsstoff zu begeistern. Die Folge wären vermehrte Repetitionen und Schulabbrüche. Bereits eine zusätzliche Repetition pro Klasse und Jahr genügt jedoch, um Zusatzkosten zu erzeugen, welche den vordergründigen Spareffekt der geplanten zusätzlichen Pflichtstunde wieder zunichte machen – und in dieser Rechnung sind zusätzliche Schulabbrüche noch nicht einmal berücksichtigt.

Der GBL hält die Erhöhung der Pflichtstundenzahl daher für eine schädliche Massnahme, die vorgibt, Kosten einzusparen, in Wahrheit aber nur Verlierer schafft und im Endeffekt auch noch teuer zu stehen kommt. Der GBL fordert Sie, den Landrat, die BKSD und die Regierung daher auf, auf die Erhöhung der Pflichtstundenzahl zu verzichten.

Mit freundlichen Grüssen



Michael Weiss
Präsident GBL

Kopie an: Urs Wüthrich, BKSD